



## Fluch oder Segen?

Sind Pestizide ein Fluch oder ein Segen? Darüber diskutierten letzte Woche Bio-Suisse-Präsident Urs Brändli und Tobias Bandel, Gründer und CEO von Soil and More Impacts, im Hotel Einstein in St. Gallen. So neutral wie der Titel war das Podium, das von der Bio-Stiftung Schweiz organisiert wurde, allerdings nicht. Die Stiftung führt die Vortragsreihe «Synthetische Pestizide – Fluch oder Segen?», in sechs Städten der Deutschschweiz durch. Moderator Mathias Forster, Geschäftsführer und Stiftungsrat der Bio-Stiftung Schweiz, sagte, dass man mit diesen Veranstaltungen einen Beitrag leisten wolle zur Bewusstseinsbildung und Aufklärung der Bevölkerung im Vorfeld der Abstimmungen über die Pflanzenschutz-Initiativen.

### Mit Abgaben steuern

Tobias Bandel erläuterte in seinem Referat, das dem Podium vorausging, dass in den heutigen Lebensmitteln die wahren Kosten, die die Produktion verursacht sowie die Folgekosten für die Umwelt nicht abgebildet sind. Diese Kosten beziffert Bandel auf 577 Mrd US-Dollar pro Jahr. «Diese Kosten haben wir heute schon. Anstatt Steuergelder in Sanierungsmassnahmen zu stecken, sollten wir uns dafür einsetzen, dass alle sich gesunde Lebensmittel leisten können.»

Mathias Forster wollte von Urs Brändli wissen, wie es diesbezüglich in der Schweiz aussehe. Brändli wies darauf hin, dass die in der Agrarpolitik 2022 (AP 22+) angedachten Lenkungsabgaben ein Schritt gewesen wären, um die wahren Kosten, die Pflanzenschutzmittel verursachen, abzubilden. «Leider», so Brändli, «wurden diese Lenkungsabgaben vom Bundesrat wieder gestrichen.»

Lenkungsabgaben sind in der Schweiz eigentlich nichts Neues. Urs Brändli erklärte, wie das bei Pflanzenschutzmitteln aussehen könnte: «Die Wirkstoffe würden in verschiedene Kategorien eingestuft. Bei Mitteln mit einem hohen Risikopotenzial wären die Abgaben höher.» Gewisse Produkte, wohl auch solche, die im Biolandbau eingesetzt werden, würden dadurch verteuert. «Durch den höheren Preis dürfte sich die eingesetzte Gesamtmenge reduzieren.» Diese Mehrkosten sollten laut Brändli nicht von den Bauern, sondern vom Rest der Wertschöpfungskette getragen werden.

### Akuter Handlungsbedarf

Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, ob es nicht einen Systemwechsel bräuchte, damit sich grundsätzlich etwas ändere. Tobias Bandel pflichtete dem Mann bei: «Wenn wir vor 50 Jahren diese Diskussion

gehabt hätten, wäre es einfacher gewesen, in kleinen Schritten etwas zu ändern.» Jetzt, im Jahr 2020, sei die Situation schon so aus den Fugen geraten, dass akuter Handlungsbedarf bestehe. Für Tobias Bandel ist mitentscheidend, dass die Gesellschaft den wahren Wert der Landwirtschaft und von Lebensmitteln sowie die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern anerkennt.

### «Kleine Schritte»

Urs Brändli findet: «Es muss uns gelingen, mit dem bestehenden System eine Veränderung herbeizuführen, indem wir von unseren Pionieren lernen.» Schon heute gebe es verschiedene alternative Bewirtschaftungsformen, die einen Beitrag zu einer ökologischeren Landwirtschaft sind. «Kleine Schritte bringen uns schneller vorwärts, als mit radikalen Massnahmen das ganze System ändern zu wollen.» «Die Trinkwasser- und die Pestizidverbots-Initiative würden die Möglichkeit bieten, einen Systemwechsel herbeizuführen», argumentierte Mathias Forster. Damit könnte man einen grossen Schritt in Richtung eines Systemwechsels machen, gemeinsam mit der Bevölkerung. Er verstehe nicht, weshalb der Schweizer Bauernverband (SBV) diese Chance nicht ergreife und sich hinter die Initiative stelle.

### Bio Suisse mit Ja-Parole

Der Vorstand von Bio Suisse hatte letzte Woche die Ja-Parole zur Pestizidverbots-Initiative gefasst (die Bauernzeitung berichtete). Zu Forsters Bemerkung meinte Urs Brändli: «Dass der Schweizer Bauernverband diese Initiative als Chance erkennt, wäre etwas sehr viel Wandel.» In seinen Augen wäre es eine Chance gewesen, mit einem Gegenvorschlag auf beide Pflanzenschutz-Initiativen zu antworten.

Anstatt mit einem Ja für einen gangbaren Weg der konventionellen Landwirtschaft, signalisiere man nun mit zweimal Nein Uneinsichtigkeit. Urs Brändli zeigte aber auch Verständnis für die Haltung des SBV. «Solange nicht mindestens 50 Prozent der Schweizer Konsumenten nach nachhaltigen Produkten verlangen, ist ein Ja zur Initiative aus Sicht des SBV schwer zu rechtfertigen.»

Bio hat heute einen Marktanteil von zehn Prozent, mit IP-Suisse und weiteren Labels komme man vielleicht auf 25 Prozent. Es fehle also auch am Willen der Konsumenten, Labelprodukte zu kaufen. Die Bauern würden schon heute reagieren und auf Bio umstellen, wandte der Bio-Suisse-Präsident ein. «Aber sie produzieren auch so, wie der Konsument nachfragt.» *Stefanie Giger*



Urs Brändli, Mathias Forster und Tobias Bandel (v. l.) diskutierten über Chancen der Pestizidverbots-Initiative. (Bild Stefanie Giger)

## NACHRICHTEN

### Trinkwasserspezialist fristlos entlassen

Roman Wiget wurde fristlos von seinen Funktionen im Schweizerischen Verband des Gas- und Wasserfaches (SVGW) enthoben, berichtet die «Sonntagszeitung». Der ETH-Ingenieur ist hauptberuflich Geschäftsführer der Wasserversorgung der Region Seeland. Er wurde schweizweit bekannt, nachdem im Berner Seeland in fünf von sechs Grundwasserfassungen zu hohe Pestizidkonzentrationen gemessen worden waren. Wiget trat in diversen Medien auf und prangerte den seiner Meinung nach fahrlässigen Umgang mit Pestiziden in der Schweiz an. Die Entlassung stehe in direktem Zusammenhang damit, schreibt die «Sonntagszeitung». Wiget wollte sich nicht dazu äussern. *jw*

### Ausfuhrverbot für fünf Pflanzenschutzmittel

Der Bund regelt die Ausfuhr von in der Schweiz verbotenen Pflanzenschutzmitteln (PSM) neu. Für fünf besonders problematische Mittel gilt ab 2021 ein Ausfuhrverbot. Betroffen sind Atrazin, Diafenthiuron, Methidathion, Paraquat und Profenofos. Ausserdem gilt eine Bewilligungspflicht für den Export von zirka 100 weiteren gesundheits- und umweltgefährdenden PSM, die hier keine Zulassung haben. Laut Bundesrat bleiben die Auswirkungen für die betroffenen Unternehmen gering, da das Exportvolumen bescheiden sei. *lid*

### Deutlich weniger Traktoren verkauft

Die Neuzulassungen für landwirtschaftliche Traktoren sind im ersten Halbjahr europaweit um 12,08 Prozent auf 68831 gesunken, wie das Fachmagazin «Eilbote» berichtet. Während die Verkäufe im Januar und Februar auf Vorjahresniveau lagen, gingen sie danach deutlich zurück. Der Europäische Dachverband der Landmaschinenindustrie (CEMA) geht von der Corona-Krise als Hauptgrund aus. *lid*

### SMP: Nein zu Massentierhaltung

Der Vorstand der Schweizer Milchproduzenten (SMP) sagt Nein zur Massentierhaltungs-Initiative und zum direkten Gegenvorschlag. In einer Mitteilung betonen die SMP, dass es in der Schweiz keine Massentierhaltung gebe. Die hohe Beteiligung an Tierwohl-Programmen wie RAUS und BTS unterstreiche dies. Zudem verbiete die Schweizer Tierschutzgesetzgebung bereits heute die Massentierhaltung. Neben der Verordnung über die Höchstbestände in der Fleisch- und Eierproduktion würden weitere gesetzliche Bestimmungen im Gewässerschutz und im Bereich der Förderinstrumente des Landwirtschaftsrechts die absolute Grösse der Tierbestände begrenzen. *lid*

Weitere News auf [www.bauernzeitung.ch](http://www.bauernzeitung.ch)  
BAUERNZEITUNG ONLINE

## IN ZAHLEN 16

Prozent weniger Selbstversorgungsgut bei einem Ja, davon geht die Studie aus. **30** Prozent weniger Nahrung könnten die Schweizer Bauern womöglich produzieren. **20** Prozent weniger Ertrag, davon gehen die Initianten aus. Dies könnte aber durch weniger Food Waste korrigiert werden, der heute **30** Prozent der Gesamtproduktion ausmacht. **23** Prozent weniger Tiere pro Hektare halten Biobetriebe als konventionelle Kollegen, ihre wirtschaftlichen Verluste seien **fünffmal** höher.

durch höhere Einkaufskosten für Rohstoffe.

Die Studie hat sich auch mit möglichen Auswirkungen der Initiative auf die Direktzahlungen beschäftigt. Obwohl der Ab-Hof-Preis für Bioprodukte im Schnitt 1,71 mal höher ist als für Nicht-Bioprodukte, hätten Biobetriebe im Schnitt fünfmal höhere wirtschaftliche Verluste. Diese würden durch höhere Direktzahlungen kompensiert. Die Studie geht davon aus, dass sich die Rentabilität des Schweizer Agrarsektors durch die Initiative weiter verschlechtern könnte. Womöglich würden zusätzliche Direktzahlungen nötig. *Jeanne Woodtli*

Ein Link zur Studie unter [www.bauernzeitung.ch/pflanzenschutz](http://www.bauernzeitung.ch/pflanzenschutz)

die Initiative den Einkaufstourismus nicht ein, weshalb dieser noch angeheizt werden dürfte.

Welche Effekte hätte eine Annahme der Initiative auf die Konsumentenpreise? Das hänge von den Zusatzkosten ab, die durch Alternativen zu synthetischen Pestiziden entstehen würde, schreiben die Autoren der Studie. Bei der Landwirtschaft gehen sie von keinem grossen Effekt aus, weil nur ein geringer Anteil der Wertschöpfung der Lebensmittelproduktion daraus stammt.

### Mehr Direktzahlungen nötig?

Die Verarbeitung macht hingegen 75 Prozent der Wertschöpfung der Lebensmittelproduktion aus. Sie könnte daher die Konsumentenpreise stärker beeinflussen. Die Produktionskosten der Betriebe dürften steigen, unter anderem

## Initianten können der Studie nichts abgewinnen

seriös» und könnten nicht ernst genommen werden. Die Gesellschaft bedürfe einer «ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Thema» und einer unvoreingenommenen Analyse.

Die Initianten attestieren der Studie «viele gravierende Fehler». Es stört sie zum Beispiel, dass die Studie die Wirkung einer reinen Bio-Landwirtschaft projiziert. «Eine Zukunft, in der nur noch Bio produziert wird, ist an sich keine schlechte Aussicht,» es sei aber wichtig klarzustellen, dass die Initiative nur einen Verzicht auf synthetische Pestizide verlange. «Die biologische Landwirtschaft ist restriktiver als unsere Initiative und verbietet zusätzlich die Verwendung von synthetischen Düngemitteln und Antibiotika,» heisst es in der Stellungnahme. Dabei hätten Düngemittel eine grosse Wirkung auf die Erträge. Das könne man also nicht vergleichen.

Die Autoren würden sogar behaupten, dass die Initiative weiter gehe als der Biolandbau, weil der Biolandbau bzw. Bio Suisse manche synthetische Pestizide zulassen würde, monieren die Initianten. Diese Aussage sei schlicht falsch, da alle synthetischen Pestizide im Biolandbau verboten seien. Die Auftraggeber der Studie halten im Kommentar dazu allerdings fest, dass Biobauern sehr wohl synthetische Pflanzenschutzmittel einsetzen dürfen, etwa das Insektizid Spirosad und Pheromonfallen.

### Biozide wären nicht verboten

Die Initianten bemängeln ferner, dass Biozide in die Studie mit eingezogen wurden. «Unsere Initiative nennt ausdrücklich nur synthetische Pestizide, die bei der Produktion von Lebensmitteln eingesetzt werden,» schreiben sie. Die Initiative tangiere nicht die Verwendung von Bleichmitteln

oder anderen Bioziden, die zur Reinigung oder Sterilisation von Geräten verwendet werden. Auf die Lagerfähigkeit von Lebensmitteln habe das Volksbegehren ebenso wenig Einfluss, denn auch hier sei die Rede von Bioziden, die nicht tangiert wären.

### Vom Status quo ausgegangen

Ein weiteres Problem für die Initianten ist, dass die Studie davon ausgeht, dass das ganze Agrarsystem davor und danach genau das gleiche bleiben werde. Dabei seien tief greifende Veränderungen gar nicht angesprochen worden, wie die Verlagerung von der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf mehr Produktion für den Menschen, Forschung, neue landwirtschaftliche Techniken und die Vermeidung von Abfällen. All dies müsste in einer makroökonomischen Studie auf jeden Fall berücksichtigt werden, halten die Initianten fest. *jw*